Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

294 (15.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 294 — **Donnerstag den 15. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Reichsregierung hat die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit zum 31. Dezember beschlossen.

*

In Preußen haben die Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen Verhandlungen eingeleitet über die Umbildung der preußischen Regierung.

*

Der Sturz des französischen Kabinetts Herriot wegen der Schuldenzahlung hat zu einer schweren Regierungskrise geführt.

*

Auch im englischen Unterhaus wurde über die Kriegsschuldenfrage debattiert. England, Italien und die Tschechen bezahlen die Dezemberrate, alle andern Mächte streiken unter der Führung Frankreichs.

*

Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, hat die Mitarbeit im Genfer Hauptausschuß wieder aufgenommen.

*

In der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielten Dr. Krupp, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister Ansprachen.

*

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner Mittwochsitzung mit einer Reihe von Fragen, vor allem mit dem Aufgabenkreis des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, der in den nächsten Tagen durch Verordnung veröffentlicht werden soll. Die nächste Kabinettssitzung wird sich am Samstag mit der Winterhilfe befassen.

*

Der Aeltestenrat des Reichstages wird sich in diesen Tagen mit einem kommunistischen Antrag auf Einberufung einer Reichstagssitzung noch vor Weihnachten beschäftigen.

*

Bayern wird im Reichsrat gegen das vom Reichstag beschlossen Amnestiegesetz Einspruch erheben.

*

Im italienischen Senat legte Mussolini scharfen Protest gegen die italienfeindlichen Kundgebungen in Dalmatien ein.

*

Amerika hat den Philippinen die Unabhängigkeit für acht Jahre gewährt.

*

Das Bühnenhaus des Wormser Spiel- und Festhauses wurde am Mittwoch abend durch Schadenfeuer zerstört.

Ergebnisse der Kabinettssitzung

Das Studentenwerkjahr

Berlin, 14. Dez. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am Mittwoch zunächst einen eingehenden **Bericht des Reichsaußenministers** über die außenpolitische Lage und namentlich über die Verhandlungen in Genf entgegengenommen. Er fand die einstimmige Billigung des Kabinetts, besonders auch, soweit er sich auf die Haltung des Außenministers bezog.

Das Kabinett hat sich dann weiter mit dem Vorschlag beschäftigt, **ein Werkjahr oder ein halbes Werkjahr für die Abiturienten** vorzuschreiben, die zum akademischen Studium zugelassen werden wollen. Es wurde aber davon Abstand genommen, diese Neuerung bereits zum 1. April einzuführen, weil die technischen und organisatorischen Vorbereitungen nicht in dieser kurzen Zeit so schnell bewältigt werden können. Dagegen soll zunächst auf einen möglichst starken Einsatz der akademischen Jugend für den freiwilligen Arbeitsdienst hingewirkt werden. Der Reichsinnen- und der Reichsarbeitminister werden zusammen mit dem Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst diese Materie weiterbearbeiten und dem Kabinett dann entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Wie angekündigt, hat das Kabinett auch die Abgrenzung des Arbeitgebietes und der **Zuständigkeit des neuen Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung beschlossen.** Sie wird in den nächsten Tagen in einer Verordnung festgelegt, die zusammen mit den sachlichen und grundsätzlichen Richtlinien der Arbeitsbeschaffung veröffentlicht werden wird.

Schließlich hat sich das Reichskabinett auch noch mit der **Winterhilfe** beschäftigt. Die beteiligten Ministerien haben ihre Vorschläge mitgeteilt und es wurde ihnen aufgetragen, sie zu einer Verordnung zusammenzufassen, mit der das Reichskabinett sich dann noch beschäftigen wird.

Keine Aufhebung der Notverordnungen

vom 8. Dezember 1931 und vom 13. Juni 1932

Berlin, 14. Dez. In politischen Kreisen wurden die Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Reichstages erörtert, nach denen die beiden Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und vom 14. Juni d. J. aufgehoben werden sollen.

Bei der ersten Verordnung, die noch vom Kabinett Brüning stammt, handelt es sich um die einschneidenden Maßnahmen über die Preis- und Zinssenkung, die Hauszinssteuer und ähnliche Dinge mit denen in die Privatwirtschaft eingegriffen wurde. Die andere Verordnung war die erste des Kabinetts von Papen mit der Senkung der Sozialrenten usw. Sie ist übrigens nicht zu verwechseln mit der Verordnung vom 4. September, deren sozialpolitischen Inhalt der Reichstag, durchaus im Sinne der Regierung aufzuheben beschlossen hat. Zu den Vorgängen im **Haushaltsausschuß** muß nun darauf hingewiesen werden, daß **seine Beschlüsse keine bindende Kraft haben. Die Verordnungen, mit denen er sich beschäftigt hat, bleiben unverändert in Kraft. Der vorgeschriebene Weg ist, daß die Beschlüsse des Haushaltsausschusses an die Vollversammlung des Reichstages gehen, der zu ihnen Stellung nehmen muß. Die Aufhebung der Verordnungen ist schon deshalb praktisch nicht möglich, weil namentlich ihre wirtschaftlichen Maßnahmen inzwischen viel zu sehr in unser ganzes wirtschaftliches Dasein eingeschlossen sind.** So beurteilt man die Beschlüsse des Ausschusses auch mehr als Ausfluß des Agitationsbedürfnisses und erwartet, daß **der Reichstag selbst ein viel stärkeres Gefühl für Verantwortung an den Tag legen wird**, zumal er sich darüber klar sein wird, daß die Reichsregierung die Aufhebung der Notverordnungen nicht annehmen könnte. Das wäre schon deshalb nicht möglich, weil es nach ihrer Ansicht vor allem jetzt darauf ankommt, alles zu vermeiden, was die wirtschaftliche Beruhigung irgendwie beeinträchtigen könnte. Unter diesen Umständen mißt man den Beschlüssen des Haushaltsausschusses auch keine praktische Bedeutung bei.

Aufhebung der Tariflohnerhöhungsverordnung vom 5. September

Berlin, 14. Dez. Die Reichsregierung hat die **Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 beschlossen.** Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgesehen. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, und ihre Arbeitnehmerschaft vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die **Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern.** Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiete Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Minister-Reden

vor dem Reichsverband der deutschen Industrie

Der Reichswirtschaftsminister spricht zur wirtschaftlichen, der Reichsfinanzminister zur finanzpolitischen Lage.

Berlin, 14. Dez. Die Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde durch eine programmatische Ansprache des Vorsitzenden Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eröffnet. Der Redner gab einen Rückblick auf das verflossene Jahr. Günstige Anzeichen auf dem Geld- und Rohstoffmarkt ließen die Hoffnung zu, daß der Tiefpunkt der Krise überwunden sei. Innenpolitisch habe das vergangene Jahr insbesondere die sehr bedeutungsvollen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Papen gebracht. Ihre Grundtendenz, daß die wesentlichste Kraft im Wirtschaftsleben die persönliche, private Initiative sei, habe eine gewisse Vertrauenswelle hervorgerufen. Inzwischen seien Ansätze zu einer Belebung der Wirtschaft und zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit als erste Auswirkungen der Notverordnungen zu beobachten. Es wäre verhängnisvoll, wenn der Einsatz aller produktiven Kräfte der Wirtschaft durch parteipolitische Umstände zunichte gemacht werden würde. Die Regierung Schleicher möge die Grundlinien des Programms Papen wahren und vor allen Dingen kredit- und währungspolitische Experimente verhindern. Es müsse ein Strich gezogen werden vor allem unter das böse Kapitel der „Subventionswirtschaft".

Wirtschaftsminister Dr. Warmbold gab nach einer längeren Erklärung ziffernmäßige Belege für die gegenwärtige **wirtschaftspolitische Lage** und sagte u. a.: Auch die nüchternste Betrachtung dieser Ziffern kann nicht leugnen, daß hier eine Wendung eingetreten ist. Es gilt für uns, diese Bewegung zu verstärken. Das wird insbesondere durch zwei Umstände geschehen: einmal dadurch, daß sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm erst in der Zukunft in eine Anregung der wirtschaftlichen Tätigkeit umsetzen wird und zweitens dadurch, daß dieses Programm durch weitere zusätzliche Arbeitsbeschaffung ergänzt werden soll. Obenan muß der Grundsatz stehen, daß nur solche Arbeiten gefördert werden dürfen, die volkswirtschaftlich nützlich sind und aus dem Zukunftsertrag verzinst und getilgt werden können. Ferner sollten die Arbeiten vorzugsweise und in der Regel an Unternehmer vergeben werden. Schließlich darf die Finanzierung nur in einer Form erfolgen, welche in keiner Weise die Währung gefährden darf. Man soll sich daran erinnern, daß wir drei Jahre hindurch überall und ausschließlich Abwärtsbewegung und Schrumpfung erlebt haben. Schon die Tatsache, daß diese ununterbrochene Abwärtsbewegung und Schrumpfung aufgehört hat, muß uns mit Befriedigung erfüllen. Wir können unmöglich einen schlagartigen sofortigen Uebergang in Ausweitung und Aufwärtsbewegung erwarten. Insgesamt können wir heute feststellen, daß die Deflation hinter uns liegt. Wir werden alle Maßnahmen deflationistischen Charakters zu vermeiden haben, andererseits aber auch allzu stürmische Wertbewegungen nach oben.

Dr. Bolz über die Fragen der Reichsreform

Berlin, 14. Dez. Vor einem großen Auditorium sprach im Schinkelsaal der Deutschen Hochschule für Politik der württ. Staatspräsident Dr. Bolz über Fragen der Reichsreform. Er führte u. a. folgendes aus:

Das Bedürfnis nach einer Reichsreform wird nicht mehr verschwinden, bis es ganz oder teilweise Befriedigung gefunden hat. Daß manches in der Weimarer Verfassung nicht gelungen ist, darin ist sich alles einig. **Aber wie, wann und warum die Reichsreform kommen muß, darüber gehen die Meinungen sehr weit auseinander.** Die Angriffe auf die Verfassung sind von den verschiedensten Seiten und aus den verschiedensten Motiven heraus geschehen. Einige wollen den Einheitsstaat, andere den Föderativstaat, wieder andere mehr von dem geschäftlichen, finanziellen Standpunkt aus, an die Reichsreform heran. Sie stoßen sich an der Anzahl von Ministerien und Abgeordneten im Deutschen Reich. Als die Länderkonferenz zusammentrat, waren die Gegensätze verhältnismäßig bald ausgeglichen. Es haben sich dann gemeinsame Richtlinien herausgebildet, und es wurde von den Ländern anerkannt, daß man dieser schweren Zeit eine starke Reichsgewalt haben müsse. Der Redner verbreitete sich dann über die Zuständigkeit der verschiedenen Reichsorgane. Die Stellung des Reichspräsidenten — so führte der Staatspräsident aus — ist vielfach umstritten. Man will seine Stellung gegenüber den Parlamenten stärken. Mit dem Artikel 48 sind ihm jedoch Machtbefugnisse verliehen worden, die wir in ihrer Auswirkung erst in den letzten zwei Jahren kennen gelernt haben. Man kann das vollste Vertrauen zu Hindenburg haben, aber man kann doch nicht eine Verfassung auf eine einzige Person zuschneiden. Auch die Befugnisse der Reichsregierung sind umstritten. Man verlangt in erster Linie, daß die Reichsregierung nicht mehr in dem Maße von den Parteien abhängig ist wie bisher. Sehr schlecht weggekommen ist der Reichsrat in der neuen Verfassung. Er hat zwar das Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung, aber nur in beschränktem Maße. Der Reichstag kann über den Reichsrat hinweggehen, wenn er eine Zweidrittelmehrheit hat. Neben Reichstag und Reichsrat noch eine Kammer zu setzen halte ich für überflüssig. Der Artikel 54 der Reichsverfassung gibt dem Reichstag allerdings eine sehr umfassende Befugnis. Aber in der Praxis hat sich doch gezeigt, daß auch geschäftsführende Regierungen unter Umständen sehr lebensfähig sind und eine Gefahr liegt nur darin, daß eine Reichstagsmehrheit eine rein negative Politik treiben und z. B. Notverordnungen, die doch die Bedeutung von Gesetzen haben, aufheben kann, ohne etwas Positives an ihre Stelle zu setzen. Die **Heraufsetzung des Wahlalters** erscheint dem Redner **dringend notwendig.** Die Pluralstimme und die Aufhebung des Proporz lehnt er ab. Was die Verwaltungsreform anbetrifft, so hat die Länderkonferenz die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen als notwendig anerkannt und es liegt wirklich auf der Hand daß zwei Regierungen, zwei Parlamente und zwei Verwaltungen nebeneinander eine Fülle von Schwierigkeiten bedeuten. Aber gerade, wenn in diesem Punkte die Vereinheitlichung gelingt könnte wohl den übrigen Ländern, soweit sie überhaupt für sich existenzfähig seien, eine gewisse Selbständigkeit gelassen werden, die z. B. auf dem Gebiete des Fürsorgewesens, aber auch des Wohnungswesens sehr nützlich gewesen wäre. Auch eine Vereinheitlichung der Gemeindeverfassungen hält Staatspräsident Dr. Bolz für durchaus überflüssig. Der Redner schließt seine Ausführungen mit folgenden Sätzen: Daß die **Verfassung dringend einer Aenderung bedarf, muß man anerkennen.** Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß jetzt in der augenblicklichen Situation eine Verfassungsänderung möglich ist. Sie auf dem Wege der Diktatur zu erreichen, bleibt ein sehr gefährliches Experiment. Wer diese Diktatur durchführen will, der muß wissen, wie er aus dieser Diktatur und aus dem Ausnahmezustand wieder herauskommt. Ich befürchte von jeder Diktatur eine weitere gefährliche Radikalisierung unseres Volkes. Wer mit dem Gedanken der Diktatur spielt der spielt mit der Revolution. Man muß das Letzte versuchen, um auf dem Wege der Verfassung durchzuhalten. Was über den verfassungsmäßigen Weg hinausgeht, kann man nur als Revolution bezeichnen. Dieses Unglück zu verhüten, ist eine der wichtigsten politischen Gegenwartsfragen.

Amnestieentscheidung im Reichsrat vertagt

Berlin, 14. Dez. Die Reichsratsausschüsse berieten am Mittwoch abend das vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossene Amnestiegesetz. Eine endgültige Entscheidung konnten die Ausschüsse jedoch noch nicht fällen, es findet vielmehr eine zweite Lesung am nächsten Dienstag statt. Das Amnestiegesetz kann deshalb in der Vollsitzung am heutigen Donnerstag vom Reichsrat noch nicht verabschiedet werden. Eine neue Vollsitzung, dann voraussichtlich die letzte vor Weihnachten, ist für diesen Zweck für Dienstag abend in Aussicht genommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Herriot gestürzt

Die Kammer verweigert die Schuldenzahlung

Der Antrag, die Schuldenrate unter Vorbehalt zu bezahlen, der von Herriot durch Stellung der Vertrauensfrage unterstützt wurde, ist von der Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen abgelehnt worden. Das Kabinett ist damit gestürzt.

Das Kabinett Herriot ist um 5 Uhr morgens nach einer 15stündigen Sitzung, die mehrmals unterbrochen wurde, gestürzt worden. Damit ist eine Lage entstanden, deren Bedeutung weit über das eigentliche französisch-amerikanische Schuldenverhältnis hinausgeht. **Frankreich** hat jetzt durch die Verweigerung, einen von ihm unterschriebenen Vertrag zu erfüllen, seine **ganze Politik von 1919 hinfällig gemacht, die namentlich gegenüber Deutschland ja immer nur in der Verteidigung der sogenannten Heiligkeit der Verträge bestand, wobei ohne Rücksicht auf die veränderten Umstände unbedingte Durchführung verlangt wurde.** Jetzt hat das Parlament durch eine einseitige Erklärung die Erfüllung vertraglicher Pflichten verweigert und damit etwas getan, was Deutschland selbst in seiner größten Bedrängnis niemals getan hat. Wenn Deutschland bei allen seinen Forderungen auf Verringerung seiner aus dem Krieg entstandenen Lasten streng auf dem Rechtsboden blieb und niemals durch eine einseitige Erklärung die Anerkennung seiner Unterschrift verweigert hat, so ist es Frankreich vorbehalten geblieben, das zu tun, was es bisher immer als groben Verstoß gegen geschäftliche Ehre und politischen Anstand bezeichnet hatte. Freilich hat Herriot bis zum letzten Augenblick für die Zahlung der am 15. Dezember fälligen Summe gekämpft, und er mußte es ja auch tun, wenn er nicht seine ganze Vergangenheit verleugnen wollte. Aber die Kammer ist ihm nicht gefolgt. Die Gründe dieser Weigerung sind sehr verschieden. Rein äußerlich hat die Tatsache, daß **Belgien die Zahlung verweigerte**, großen Eindruck auf die Kammer gemacht. Ein großer Teil der Abgeordneten stimmte **aus rein gefühlsmäßigen Gründen gegen die Regierung**, durch wiederholte Kundgebungen auf der Straße gestärkt. Aber für einen anderen Teil spielten auch noch andere Erwägungen mit. Bei den Sozialisten und dem linken Flügel der Sozialradikalen ist man sich bewußt gewesen, daß durch die Abstimmung dem Gerede von der „Heiligkeit der Verträge" der Todesstoß versetzt wurde, und gerade das ist bezweckt worden. In der Aussprache der Kammer und in dem Beschluß des Finanzausschusses, der die Vorlage der Regierung zurückwies, finden sich Sätze, die wörtlich wie einst von Deutschland vorgebrachte Beweisgründe lauten.

Wer die **neue Regierung** bilden soll, ist vorläufig noch unklar. **Herriot kommt nicht in Frage**, da er die Möglichkeit bereits abgelehnt hat.

Die Kräfteverteilung in der Kammer macht jede Regierungskombination unmöglich, an der sich nicht die große Linkspartei der Radikalen und Radikalsozialen führend beteiligt. Allein die Unterstützung dieser Partei genügt noch nicht. Zu einer Mehrheitsbildung müssen noch Stimmen der Sozialisten oder der gemäßigten Rechten kommen. Für die Austragung des Kampfes gegen Amerika ist im Interesse Frankreichs die Unterstützung der gemäßigten Rechten wesentlich. Wie schon so oft in kritischen Tagen, taucht auch jetzt in Frankreich der Gedanke einer Regierung der nationalen Konzentration auf. So war es während des Krieges, so war es auch während des Frankensturzes. Vielleicht wird auch jetzt eine Konzentrationsregierung zustandekommen, deren Autorität und Schlagkraft groß genug wäre, um Amerika auf das stärkste zu beeindrucken.

Allerdings weiß Frankreich sehr gut, daß ein Kampf gegen die Vereinigten Staaten nur im Bündnis mit den anderen europäischen Ländern zum vollen Erfolg führen kann. Solange Macdonald Englands Ministerpräsident ist, wird keine französische Regierung ganz auf die Mitarbeit Herriots, dessen Zusammenarbeit mit Macdonald sich so bewährt hat, verzichten können. Anders wäre es allerdings, wenn auch in England, was durchaus möglich ist, eine Regierungskrise ausbrechen würde.

Auf jeden Fall wird der Streit um die Kriegsschulden weiter gehen. An eine Bereinigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und an die gemeinsame große Offensive gegen die Krise ist nicht zu denken, solange die Kriegsschuldenfrage ungelöst bleibt. Deutschland ist, zusammen mit der ganzen Welt daran interessiert, daß der Kriegsschuldenstreit im europäischen Sinne gelöst wird.

*

Gesamtrücktritt der Regierung Herriot vom Präsidenten angenommen

Paris, 14. Dez. Ministerpräsident Herriot hat sich in Begleitung der Regierungsmitglieder morgens ins Elysee begeben, und dem Präsidenten der Republik **die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht. Präsident Lebrun hat die Demission angenommen** und das zurückgetretene Kabinett mit der Erledigung der laufenden Geschäfte beauftragt. Bereits früh um 9 Uhr hat der Präsident seine politischen Beratungen aufgenommen und die Präsidenten des Senats und der Kammer empfangen.

*

Die französische Kammer beschließt, am 15. Dezember nicht an Amerika zu zahlen

Paris, 14. Dez. Nachdem nach dem Sturz der Regierung die Minister das Kammergebäude verlassen hatten, **stimmte die Kammer über den Entschließungsentwurf ab, den der auswärtige Ausschuß und der Finanzausschuß der Kammer vorgeschlagen haben und der vorsieht, am 15. Dezember keine Zahlung zu leisten. Dieser Entwurf wurde mit 380 gegen 57 Stimmen angenommen.** Die geänderte Schlußformel der Entschließung lautet: „Die Kammer ist der Ansicht, daß es angebracht ist, die am 15. Dezember fällige Zahlung zu verschieben."

Wie Frankreich die Nichtzahlung an Amerika begründet.

T.U. **Paris**, 14. Dez. Der französische Botschafter in Washington ist angewiesen worden, Staatssekretär Stimson mitzuteilen, daß die Regierung Herriot lediglich mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt sei und daher nicht mehr die Zuständigkeit zur Fortführung der Verhandlung mit den Vereinigten Staaten besitze.

*

Washington und die französische Zahlungsverweigerung. — Amerika wird Nicht-Zahlung ignorieren.

T.U. **Washington**, 14. Dez. Die französische Zahlungsweigerung hat in amtlichen Washingtoner Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen, da sie gehofft hatten, daß Frankreich noch im letzten Augenblick zahlen würde. Die französische Entscheidung wird in politischen Kreisen als ein schwerer Fehler betrachtet, die eine später zu erwartende Kriegsschuldenrevision nahezu unmöglich mache. Die Kongreßkreise sind zum Teil über Frankreichs Weigerung erbittert und weisen erneut darauf hin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereits drei Viertel der französischen Kriegsschulden gestrichen habe. Ferner wird gesagt, daß Frankreich am wenigsten von der Krise betroffen worden sei, Goldvorräte aufgespeichert habe und Rüstungen finanziere, so daß es ohne weiteres zahlen könne. In politischen Kreisen wird anerkannt, daß die französische Entscheidung politischer Natur sei, andererseits aber darauf hingewiesen, daß Frankreich, selbst ein Großgläubiger, einen gefährlichen Präsedenzfall für die Schuldner Frankreichs geschaffen habe.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird offiziell die Nichtzahlung der französischen Dezemberrate ignorieren.

Die meisten Pressekommentare besagen, daß die törichte Entscheidung des französischen Parlaments als Antwort auf die unzugängliche Haltung des amerikanischen Kongresses zu betrachten sei.

*

Italien hat bereits gezahlt. — England, Tschechoslowakei und Lettland zahlen am Fälligkeitstage.

T.U. **Washington**, 14. Dez. Italien hat die am morgigen 15. Dezember fällige Dezemberrate an Amerika bereits gezahlt. England, die Tschechoslowakei und Lettland haben das amerikanische Schatzamt benachrichtigt, daß sie am Donnerstag ihre Raten in Gold zahlen würden. Bisher haben Frankreich, Belgien und Ungarn die Zahlung der Dezemberrate abgelehnt.

Wann ist ein Fahrrad ein besonders praktisches Weihnachtsgeschenk? Wenn es soviel billiger zu haben ist, daß es sich wirklich lohnt, jetzt (im Winter) zu kaufen. Die weit und breit bekannte Firma Edelweiß-Decker, Fahrradbau, in Deutsch-Wartenberg Nr. 54, befaßt sich außer Nähmaschinen nur mit den guten Edelweiß-Rädern und Fahrradzubehör. Sie ist daher als Spezialist gezwungen, um Beschäftigung für ihr Personal zu haben und somit die Betriebskosten auf das ganze Jahr (12 Monate) verteilen zu können, im Winter ganz besonders niedrige Preise zu stellen. Immer ist es ihr Bestreben, Fahrräder und Nähmaschinen bei gleichguter Qualität billiger zu liefern. Verlangen Sie also noch heute kostenlose Zusendung der allerneuesten Extrapreise Nr. 1033 über Edelweiß-Räder und die wundervollen Edelweiß-Nähmaschinen. Bisher über ¾ Million Stück schon geliefert.

Christliche Gewerkschaften und Hindenburg

Auf einer Kartellversammlung der Christlichen Gewerkschaften in Köln befaßte sich der Landesgeschäftsführer Jakob Kaiser mit der gegenwärtigen Lage der deutschen Innenpolitik. Nachdem er sich u. a. mit dem Kabinett von Papen kritisch auseinandergesetzt, streifte er kurz die **Haltung der christlichen Gewerkschaften zum Reichspräsidenten.**

Nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" führte Kaiser dabei u. a. aus: Wir haben in den letzten Tagen die Möglichkeit gehabt, mit Hindenburg zu sprechen. Wir haben ihm die Not des Volkes geschildert. Wir fanden ein offenes Ohr und ich darf noch eines sagen: Wir haben nicht anders gekonnt, als dem Reichspräsidenten auch ein offenes Wort darüber zu sagen, wie schmerzlich es dem Volke, vor allem der Arbeiterschaft war, daß sich zwischen ihn und das Volk die störende Wand einer so volksfremden Regierung stellen konnte. Unter sichtbarer Bewegung sagte uns der **Reichspräsident, daß er sich nie vom Volke getrennt habe. Er habe in seinem ganzen Leben zu den einfachen Menschen des Volkes gestanden und als ein sprechendes Beispiel dafür sprach er uns von seiner Verbundenheit mit seinen Soldaten.** So, wie er schon im Feldzug 1866 mit seinem Zug immer das gleiche Strohlager geteilt habe, habe er es innerlich stets gehalten. Niemals werde er sich vom Volke trennen. Das ist Hindenburg, und das war wohl auch immer sein Wille. Die Reaktion hat seinen Willen nur anders gedeutet. Demgegenüber steht seine Gestalt als starke Abwehr einer Hitler-Diktatur. Dreimal hat er sich dieser Diktaturgefahr entgegengestellt. Es war das Hindenburgs geschichtliche Sendung in seinem hohen Alter.

Wendung in Preußen?

Berlin, 14. Dez. Der preußische Landtag trat am Mittwoch zu seinem letzten Sitzungsabschnitt vor Weihnachten zusammen. Voraussichtlich wird der Landtag drei Tage zusammenbleiben.

Die deutschnationalen Abgeordneten Dr. von Winterfeld und Borck wurden vom Landtagspräsidenten Keerl zu einer Besprechung eingeladen, in der die deutsnachtionalen Abgeordneten von dem **Wunsche der nationalsozialistischen Parteiführung unterrichtet wurden, die Deutschnationalen in eine in Preußen zu bildende Regierung einzubeziehen.** Die deutschnationalen Abgeordneten haben von diesem Wunsche Kenntnis genommen.

Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtags will am Donnerstag früh den Nationalsozialisten ihre Antwort auf das Angebot überreichen, daß sich auch die Deutschnationalen an den preußischen Regierungsbildungsverhandlungen beteiligen möchten, wie sie die Parteileitung der NSDAP. gewünscht habe. Es verlautet, daß die deutschnationale Antwort keineswegs grundsätzlich ablehnend ausfallen und weitere Verhandlungsmöglichkeiten offen lassen werde.

Das Zentrum wartet das Ergebnis der Verhandlungen ab, die die Nationalsozialisten auf Wunsch Adolf Hitlers mit den Deutschnationalen eingeleitet und die eine neue Situation geschaffen hätten.

Ab Donnerstag wieder Eisenbahnverkehr im Gütsch-Tunnel

T.U. **Luzern**, 14. Dez. Die Aufräumungsarbeiten im Gütsch-Tunnel waren am Mittwoch spät abends so gut wie beendet. Nach Mitteilung der Kreisdirektion Luzern soll am Donnerstag vormittag der Verkehr durch den Tunnel wieder aufgenommen werden.

Ueber die Ursache des Ueberfahrens des Haltesignals durch den Züricher Schnellzug werden jetzt verschiedene Mutmaßungen laut, deren Richtigkeit aber nicht erwiesen ist, da der Lokomotivführer, der allein Auskunft darüber geben könnte, sich unter den Toten befindet. Zurzeit der Einfahrt des Züricher Zuges wurde zwischen Luzern und Emmenbrücke für die Maschinenfabrik Kriens ein Transport von außergewöhnlich großen Röhren ausgeführt. Man nimmt nun an, daß der Zugführer vom rechten Zugfenster aus den außergewöhnlichen Transport beobachtete, was schließlich auch zu seinen Pflichten gehörte, und daß er dabei das Haltesignal übersehen hat. Erst beim Ueberfahren der Weiche wurde er auf die Gefahr aufmerksam, versuchte dann zu bremsen, bei der kurzen Entfernung war der Zusammenstoß aber nicht mehr zu verhindern. Die Schweizer Presse verhehlt in diesem Zusammenhang nicht ihre Befürchtungen über den Ein-Mann-Betrieb auf den Lokomotiven.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[42

Da stand sie plötzlich auf, starrte mit zusammengezogener Stirn vor sich hin — aus der Dämmerung ihres Unterbewußtseins wollte etwas aufsteigen: das verlebte hübsche Gesicht des eleganten jungen Menschen, ihre Müdigkeit, sein Drängen, daß sie noch eine Tasse Kaffee zu sich nehmen möge, dann... Wie war es doch dann gewesen? Sie war eingeschlafen. Aber war dann nicht jemand im Zimmer gewesen — war sie nicht einen Augenblick aufgewacht? Hatte sie jemand aufgehoben und auf die Chaiselongue getragen?

Unwillig schüttelte sie den schmerzenden Kopf — das war alles Unsinn. Irgendeine Krankheit, vermutlich auch die Grippe, steckte in ihr. Daher die Müdigkeit, der schmerzende Kopf und die bleischweren Glieder. Sie konnte jetzt nicht arbeiten, mußte sich hinlegen. Die Zähne schlugen ihr aufeinander und das würgende Uebelkeitsgefühl im Magen verstärkte sich. Sie hatte schon nicht mehr die Kraft, sich auszukleiden, sondern sank, wie sie war, aufs Bett und fiel sofort in einen tiefen, schweren Schlaf.

Sie erwachte von einem heftigen Rütteln. Es war heller Tag, und die Wintersonne schien strahlend hell in ihr kleines, behagliches Zimmer.

Vor ihr stand ihre Wirtin, die freundliche Frau Lembke.

„Endlich bekomme ich Sie wach, Frau Bernheim", sagte sie und sah befremdet auf die vollkommen angekleidete Gestalt Ediths, die auf dem Bett lag.

„Draußen ist ein Bote von dem Büro, er möchte sofort die fertige Arbeit in der Mietentangelegenheit haben."

Mit einem Ruck richtete sich Edith Bernheim auf. Ein Schrecken erschütterte sie.

„Die Arbeit", sagte sie stockend, „ich habe sie noch nicht fertig. Ich weiß nicht, was mit mir war, Frau Lembke; ich muß krank geworden sein. Mir war so schlecht; bin so eingeschlafen, ohne daß ich mich ausziehen konnte."

„Dann bleiben Sie mal schön liegen", sagte Frau Lembke energisch. „Ich werde dem Boten Bescheid sagen."

Eilig ging sie hinaus, indessen Edith mit schlaffen Gliedern auf dem Bettrand sitzen blieb.

Nach einer Weile kehrte Frau Lembke wieder zurück.

„Der Bote sagt, er müsse auf jeden Fall die Akten mitbringen, auch wenn die Abschriften nicht fertig sind. Herr Rechtsanwalt wartet dringend darauf. — Was machen wir da, Frau Bernheim?"

Edith stand bereits am Tisch und nahm den Inhalt ihrer Aktenmappe heraus:

„Geben Sie das dem Boten!" Sie raffte einen Teil der Akten zusammen. „Ich werde sofort nachkommen und die Arbeit beenden."

Während Frau Lembke nach ihrer Weisung draußen dem Boten die Originalpapiere aushändigte, stand Edith Bernheim am Tisch und starrte verwundert auf einen Zettel, den sie nicht kannte. Er trug die Züge einer gänzlich unbekannten Handschrift und einige Namen: „La Porte, Friedrichs, Frau Stephan — und dann in Klammer den Vermerk: („sind zu haben").

„Was ist denn das?" sagte Edith Bernheim zu sich. „Wie kommt denn dieser Zettel hier zu meiner Arbeit? Das war doch gestern noch nicht drinnen?"

Sie dachte nach. Konnte dieser Zettel vielleicht doch zwischen den Papieren gelegen haben, die Weltner mit vom Büro heimgebracht? Man mußte im Büro einmal nachfragen. Ihr war, als hätte sie die Namen dieser drei unbekannten Personen, die da auf dem Zettel verzeichnet waren, schon in irgendeinem Zusammenhang gehört.

Jedenfalls steckte sie den Zettel sorgfältig in ihre Handtasche und machte sich dann fertig, um so schnell wie möglich in die Wohnung Weltners zu gelangen. Vorher wollte sie noch im Büro nachfragen, ob der Chef irgendeine Bestellung für sie durchgegeben.

Inzwischen war der Chauffeur Weltners mit den ihm von Edith Bernheim übergebenen Aktenstücken in der Privatwohnung Weltners angekommen.

Ina Hartwig wartete schon in der Diele auf seine Rückkunft.

„Geben Sie her", sagte sie hastig. „Herr Rechtsanwalt wartet schon; er will gleich ein paar Telephongespräche erledigen."

Sie nahm dem Chauffeur die Akten ab und ging eilig in das Schlafzimmer Weltners.

Weltner saß blaß und matt in den Kissen.

„Guten Morgen, lieber Robert", sagte Ina Hartwig sanft. „Wie fühlst du dich? Hast du gut geschlafen?"

Ihre Augen gingen unruhig über Weltners Gesicht.

„Ich danke", gab Weltner matt zur Antwort. „Ich habe gut geschlafen."

Um alles in der Welt hätte er nicht verraten mögen, daß er in dieser Nacht munter gewesen und seine Sekretärin bei einem Stelldichein mit einem fremden Manne überrascht. Dann fügte er hinzu:

„Ich habe nur ein wenig unruhig geträumt; das hing wohl mit dem Fieber zusammen. Ich habe von Einbruch und Dieben geträumt, und hatte plötzlich die Vorstellung, als wäre unser Schloß nicht sicher genug. Es mag eine Marotte sein, aber ich bitte dich, noch heute den Schlosser zu bestellen und ein neues Sicherheitsschloß machen zu lassen, zu dem außer mir nur du den Schlüssel hast."

Inas Herz tat einen erschreckten Schlag. Sollte es möglich sein, daß Weltner irgendeinen Verdacht gefaßt, daß er irgend etwas von dem gehört hatte, was sich in dieser Nacht abgespielt? Laut aber sagte sie:

„Selbstverständlich, lieber Robert! Wenn es dich beruhigt — obgleich unser Schloß, glaube ich, ganz sicher ist. Aber du hast zu bestimmen. Ich werde dann sofort mit dem Schlosser telephonieren."

Mit heimlichem Aufatmen sah sie, daß Robert auf ihre Worte hin zufrieden nickte und sich alsbald den Akten zuwandte, die sie ihm sorgfältig auf den Krankentisch vor seinem Bett aufgelegt hatte.

(Fortsetzung folgt.)